

Wie Klimapolitik Ungleichheiten verstärken – oder mindern kann

Klaus Dörre, Vortrag zur Konferenz

Klimapolitik und Ungleichheit

Wo bleibt eine ressortübergreifende Strategie?

Mittwoch, 19. April 2023, Palais Esplanade

Esplanade 15, 20354 Hamburg

Wir befinden und geradewegs auf dem Weg in die „Klimahölle“¹, so hat Antonio Guterres die Lage anlässlich der Weltklimakonferenz Cop-27 auf den Punkt gebracht. Der UN-Generalsekretär hat allen Grund zur Besorgnis. Schon 2026 werden die CO₂-Budgets, die zur Einhaltung des vom Weltklimarat (IPCC) propagierten 1,5-Grad-Erderhitzungsziels noch zur Verfügung stehen, aufgebraucht sein. Würden alle Maßnahmen, die für eine Eindämmung des menschengemachten Klimawandels bereits vereinbart sind, tatsächlich realisiert, wäre das Ergebnis bestenfalls ein 2,8-Grad-Szenario. Doch warum geschieht noch immer viel zu wenig, um das Ruder herumzureißen?

Meine Antwort lautet: Weil das vereinnahmende „Wir“ der gegenwärtig dominanten Klimapolitik suggeriert, bloßes Wissen um ökologische Großgefahren genüge, um Menschen zu Einsicht, Ein- und Umkehr zu bewegen. Diese Erwartungshaltung ökologischer Aufklärung ist trügerisch, denn sie verkennt, dass ökologischen Großgefahren wie dem Klimawandel stets die Dimension sozialer Gerechtigkeit eingeschrieben ist. Weil sie ein Gerechtigkeitsproblem beinhalten, münden Klimawandel und Klimapolitik in Transformationskonflikte, die sich aus gegensätzlichen, ja mitunter geradezu antagonistischen Interessen speisen.

Daran, dass dies in den vorherrschenden gesellschaftlichen Diskursen noch immer verkannt wird, hat die Soziologie durchaus einen Anteil. Not sei hierarchisch, Smog demokratisch, hatte Ulrich Beck Mitte der 1980er Jahre in seiner „Risikogesellschaft“ notiert und von einer „Allbetroffenheit“ durch ökologische Großgefahren gesprochen. Die damit verbundene Erwartungshaltung, die Konfliktlogik der leeren Mägen, also der klassenspezifischen Verteilungskämpfe, werde in reichen Gesellschaften von den Problemen der „vollen Bäume“, das heißt den ungesesehenen Nebenfolgen industrieller Produktion verdrängt, hat vor allem die deutschsprachige Soziologie über Jahrzehnte hinweg dominiert.

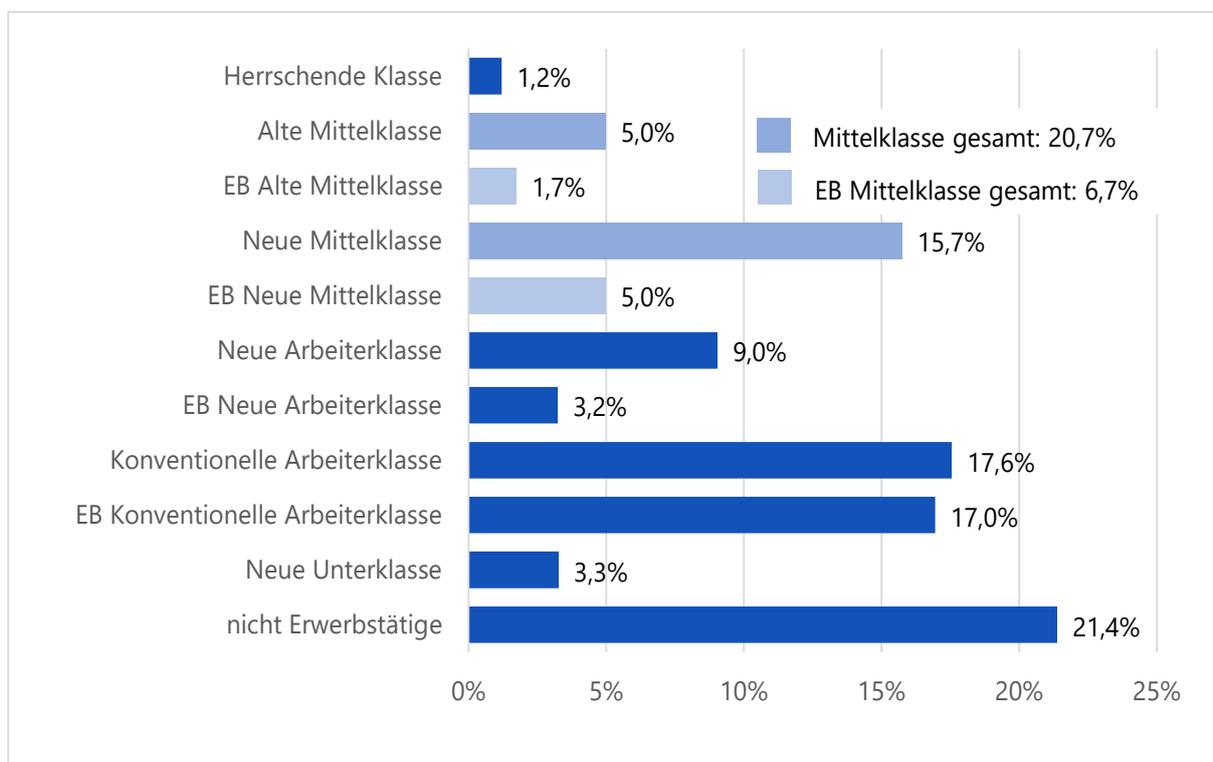
Und, so sei hinzugefügt, diese Sichtweise wirkt wissenschaftlich wie politisch bis heute. Etwa dann, wenn die Bevölkerungen des reichen Nordens generell als Täter und die Bevölkerungen des Globalen Südens ebenso pauschal als Opfer ökologischer Gefahrenproduktion betrachtet werden. Gegen solche Vereinfachungen gewendet lautete meine erste These: Ökologische Großgefahren wie die des Klimawandels betreffen alle, aber eben nicht in gleicher Weise und sie machen auch nicht alle gleich. Im Gegenteil: In Gesellschaften, in denen der – wie ihn der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf einst nannte – demokratische Klassenkampf öffentlich marginalisiert wird, löst dies Widerständigkeiten aus, die als gewaltiger Bremsklotz für ökologische Nachhaltigkeit wirken können.

Um dies zu vermeiden, müssen soziale und ökologische Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden. Denn das eine, so die zweite These, ist nicht ohne das andere zu haben. Zur Begründung werfe ich einen analytischen Blick auf die bundesdeutsche Klassengesellschaft der Gegenwart (I.), zeige sodann, wie das ungelöste Problem der Klimagerechtigkeit Ungleichheit verstärkt und ökologische Nachhaltigkeit blockiert (II.), um mit Überlegungen zu einer radikalen Kehrtwende in der Klimapolitik zu schließen (III., IV.).

I.

Was Ulrich Beck und mit ihm die ökologische Aufklärung in ihren Hauptströmungen häufig verkennen: Auch vergleichsweise reiche, sichere Gesellschaften wie die der Bundesrepublik sind Klassengesellschaften. Den Klassenbegriff verwende ich hier in Anlehnung an Ralf Dahrendorf: „Klassen‘ sind aus bestimmten Strukturbedingungen hervorgegangene Interessengruppierungen, die als solche in soziale Konflikte eingreifen und zum Wandel sozialer Strukturen beitragen.“² Dabei gilt für alle Klassentheorien, dass stets mit einer Kausalitätsvermutung nach dem Muster „Die Armen sind arm, weil die Reichen reich sind“ operiert wird. Dieser Grundgedanke findet sich in einer von meiner Arbeitsgruppe entwickelten, für die Erwerbspersonen zwischen 18 und 65 Jahren gültigen Klassenheuristik. Sie bezieht sich auf eine Klassengesellschaft, in der ein positives Bewusstsein von Klassenzugehörigkeit – etwa Arbeiter- und Produzentenstolz – in den unteren Klassen lange Zeit kaum noch vorhanden war. Anhand der Kriterien ‘Stellung im Produktionsprozess und ‘Verfügung über Produktionsmittel’, der daraus abgeleiteten ‘Kontrollmacht über Personen’, zu der auch ideologische Beherrschung zählt, sowie dem angeeigneten ‘Sozialeigentum’³ differenziert die Heuristik auf der Basis eines Datensatzes von 2018 (n = 19.339; BIBB/BAuA)⁴ sechs Erwerbsklassen, von denen vier (Alte und Neue Mittelklasse; Neue und Konventionelle Lohnarbeitsklasse) je eigene Exklusionsbereiche hervorbringen (vgl. Abb. 1), die sich jeweils durch eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit Sozialkapital auszeichnen. Die Neue Unterklasse, die wir anhand des Kriteriums ‚arme Arbeitslose‘ hinzugerechnet haben, befindet sich in Gänze unterhalb einer Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität, ist also vom Zugang zu erwerbsarbeitsgebundenem Sozialkapital weitgehend ausgeschlossen.⁵

Abb. 1: Verteilung nach Klassen mit Exklusionsbereichen (BiBB/BAuA, n = 19 339)



Quelle: Eigene Darstellung

Die in der Klassenheuristik abgebildeten Verteilungen veranschaulichen für die Bundesrepublik, was Untersuchungen zu den globalen Ungleichheiten in der internationalen Dimension beschreiben. Relative Verlierer der Globalisierung sind die Industriearbeiterschaft und vermittelt, da in ihren Tätigkeiten häufig lokal gebunden, das Dienstleistungsproletariat der

alten kapitalistischen Zentren. So ist der Exklusionsbereich der Konventionellen Arbeiterklasse gemessen an atypischer Beschäftigung (Teilzeit, Leiharbeit, Befristung) und einem prekären Lohn (weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns) fast genauso groß wie jener Teil, der die klassenspezifischen Normalitätsstandards setzt. Die Übergänge zur neuen Unterklasse sind dementsprechend fließend. Daran zeigt sich: Selbst in Gesellschaften mit prosperierender Wirtschaft sind unsichere Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu einer „normalen Organisationsform“⁶ des sozialen Lebens geworden, die in überdurchschnittlichem Ausmaß den Alltag von Frauen und der migrantischen Bevölkerungsteile prägt.

II.

Wie lässt sich die Klassenheuristik auf den Klimawandel beziehen? In einer bahnbrechenden Studie hat der Ökonom Lucas Chancel trotz insgesamt schlechter Datenlage gezeigt, wie der Klimafußabdruck mit der jeweiligen Klassenposition variiert. So sind die Emissionen der ärmeren Bevölkerungshälfte in Europa und Nordamerika zwischen 1990 und 2019 um mehr als ein Viertel zurückgegangen, während sie in den (semi-)peripheren Ländern im gleichen Ausmaß zugenommen haben. Die untere Hälfte der Einkommens-/Vermögensgruppen in Europa und Nordamerika hat Werte erreicht, die sich denen der Pariser Klimaziele für 2030 mit einer jährlichen Pro-Kopf-Emissionslast von etwa 10 Tonnen in den USA und etwa 5 Tonnen in europäischen Ländern zumindest annähern oder diese gar erreichen. Die wohlhabendsten ein Prozent emittierten 2019 hingegen 26 Prozent mehr als vor 30 Jahren, die reichsten 0,01 Prozent legten gar um 80 Prozent zu. Diese Klimaungerechtigkeit provoziert Transformationskonflikte. Mit Hilfe unserer Heuristik lässt sich zeigen, wie klassenspezifische Ungleichheiten Transformationskonflikte auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen antreiben.

Beginnen wir mit Konflikten, die auf der gesellschaftlichen *Makroebene* mit Verfügung über Produktionsmittel und der Monopolisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht verbunden sind. Hauptursache für die steigende Emissionslast sind nach Chancel die Investitionen, nicht der individuelle Konsum. Zugespielt formuliert bedeutet dies, dass Produktions- und Investitionsentscheidungen in der Regel von Mitgliedern herrschender Klassenfraktionen getroffen werden. Nach unserer Heuristik handelt es sich um eine Minderheit von etwa 1,2 Prozent, die das (Über-)Leben vor allem derjenigen Klassen beeinträchtigt, die zum Klimawandel am wenigsten beitragen und die unter den Folgen der Erderhitzung am stärksten leiden. Nehmen wir als Beispiel das Geschäftsmodell der in Deutschland ansässigen Autohersteller. Vordergründig betrachtet erscheint ihre wirtschaftliche Lage rosig. Trotz Pandemie, gestörter Lieferketten und Ukraine-Krieg laufen die Geschäfte glänzend. Die Herbstmonate 2022 waren geradezu ein „Traumquartal“⁷. Gewinne machen die Endhersteller hauptsächlich mit hochpreisigen, spritfressenden oder energieintensiven Luxuslimousinen und SUVs, während das Geschäft mit kleineren Fahrzeugen in den Volumenmärkten stagniert. Da ab 2035 innerhalb der Europäischen Union (EU) nur noch emissionsfreie Neuwagen auf den Markt kommen sollen⁸, wächst der Veränderungsdruck. Doch auch mit der Umstellung auf batteriegetriebene Fahrzeuge soll sich am gewinnträchtigen Geschäftsmodell wenig ändern. Da das Marktsegment der Reichen und Superreichen aller Voraussicht nach weiter wachsen werde, sei es eine herausragende Leistung der deutschen Automobilhersteller, in diesem Bereich die Spitzenposition zu besetzen. Das müsse auch für die Zukunft gelten, argumentiert das befragte Vorstandsmitglied eines großen Endherstellers im Interview.⁹ In der Konsequenz bedeutet dies, dass die gesamte PKW-Herstellung auf ein Geschäftsmodell gegründet wird, das sich durch chronische Nicht-Nachhaltigkeit auszeichnet.

Auf der gesellschaftlichen *Mesoebene* findet sich eine weitere Konfliktdynamik. Hier entscheidet bürokratische Kontrollmacht inner- wie außerhalb von Unternehmen, welche Deutungen des ökologischen Gesellschaftskonflikts sich durchsetzen. Im Bündnis mit Alter und Neuer Mittelklasse sind die kapitalistischen Eliten in der Lage, subalternen Klassenfraktionen

ihre Interpretation des ökologischen Gesellschaftskonflikts qua ideologischer Kontrollmacht aufzuzwingen. Da auch die Mittelklassenperspektive häufig eine ist, die ökologische Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit denkt, stoßen entsprechende Deutungsschemata vor allem in der Konventionellen Arbeiterklasse und hier insbesondere in den Karbonbranchen auf Ablehnung.

Das ist einer der Gründe, weshalb sich die imaginäre Revolte einer radikalen Rechten, die den Klimawandel leugnet oder stark relativiert, mit ihrer fiktiven Aufwertung des Lebens „normaler“ Arbeiter Gehör verschaffen kann. Man rebelliert gegen einen Modus ideologischer Beherrschung, der sich in unterschiedlichen Facetten in zahlreichen Segmenten der neuen Arbeitswelt findet. Nehmen wir den Logistik-Konzern Deutsche Post. Mit der Forderung nach einer 15-prozentigen Lohnerhöhung konfrontiert, argumentieren Standortleitungen, diese könnten nicht annähernd erfüllt werden, weil der Konzern großvolumig in die Ökologisierung seiner Fahrzeugflotte und seiner Transportwege investiere. Solche Herrschaftsstrategien steigern die Gefahr, dass sich die soziale und die ökologische Konfliktachse gegeneinander verselbständigen. In den Braunkohlerevieren ist das bereits Realität; im Wertschöpfungs-system Automobil, im Stahlbereich, der Chemieindustrie oder auch im Hamburger Hafen könnte Ähnliches geschehen.

Die Beispiele verweisen bereits auf eine Konfliktdimension, die auf der *Mikroebene* individueller Lebensführung angesiedelt ist. Angehörige der Konventionellen Arbeiterklasse nehmen sich selbst häufig als – mehrfach abgewertete – Statusgruppe wahr. Arbeiter wird man nur, wenn man muss, wer kann, „studiert oder geht ins Büro“, lautet ein in unseren Interviews häufig gehörtes Statement. Lebt man im Osten, auf dem Land und ist ein Mann mit traditionellem Partnerschaftskonzept, wird die Abwertung und öffentliche Nichtbeachtung der eigenen Lebensweise umso schmerzlicher erfahren.

Nehmen wir erneut ein Beispiel aus unseren laufenden Erhebungen in der Auto- und Zulieferindustrie. Auf die Frage, wie er die Klimabewegung einschätze, antwortet ein Arbeiter und angehender Vertrauensmann mit Zugehörigkeit zur Konventionellen Arbeiterklasse: „Als gefährlich!“ Gefährlich, weil sie die dem Befragten eigene Vorstellung eines guten Lebens bedrohen. Der Arbeiter bezeichnet sich selbst als „Autonarr“. Er empfindet große Freude dabei, seinen PKW auf „weit über 220 km/h zu tunen“, um auf der Autobahn Teslas zu jagen, bis diese „mit überhitztem Motor von der Spur müssen“. Sein Hobby kann sich der Befragte leisten, weil er im Opel-Werk Eisenach arbeitet. Das heißt für einen Beschäftigten, der in Gotha lebt: um 3:20 Uhr aufstehen, damit pünktlich zur Frühschicht um 5:30 Uhr gearbeitet werden kann; die Arbeitstätigkeit erfolgt in 50-Sekunden-Takten. Die Arbeitszeit wird von zwei Neun-Minuten-Pausen und einer 23-Minuten-Mittagspause unterbrochen. Eine Stunde vor der Mittagspause „ist man platt“, erklärt der Bandarbeiter.

Warum macht der Befragte diese monotone, körperlich enorm belastende Arbeit? Er nennt drei Gründe – 3.800 Euro brutto, für Arbeiter in Thüringen ein Spitzenverdienst; Kolleginnen und Kollegen, die für ihn „wie eine Familie“ sind und schließlich der Schutz durch einen Tarifvertrag und einen starken Betriebsrat – also aufgrund von Sozialeigentum, das im Osten der Republik alles andere als selbstverständlich ist. Die Zwänge des Arbeitslebens nimmt der Arbeiter in Kauf, um in seiner Freizeit, wie er sagt, wirklich frei zu sein. Wie er lebt, was er nach der Arbeit macht, will er sich unter keinen Umständen vorschreiben lassen. Und das schon gar nicht von Leuten mit privilegiertem Klassenstatus, die von „Bandarbeit nichts wissen“, sich aber moralisch überlegen fühlen. Das ist der Grund, weshalb der angehende Vertrauensmann die Klimabewegung und vor allem die grüne Partei als Gegner betrachtet.

Wie lassen sich mehrdimensionale Transformationskonflikte demokratisch bearbeiten? Allein Marktmechanismen und neue Technologie können die Probleme lösen, lautet der Tenor eines

Solutionismus, der gegenwärtig den klimapolitischen Ton angibt. Hier ist analytische Skepsis mehr als angebracht. Ohne Marktmechanismen und Technik pauschal als wirkungslos bezeichnen zu wollen, ist eines klar. Märkte und neueste Technik können einiges, soziale Spaltungen werden sie aus sich heraus aber nicht verringern. Es habe sich gezeigt, dass marktzentrierte Lösungen wie „Kohlenstoffsteuern einkommensschwache und emissionsarme Gruppen unverhältnismäßig stark belasten, während das Kohlenstoffpreissignal für hohe und reiche Emittenten möglicherweise zu niedrig ist, um Änderungen der Verbrauchs- (oder Investitions-)Muster bei wohlhabenden Personen zu bewirken“, konstatiert Lucas Chancel. Er hat recht. Zu glauben, alles könne so bleiben wie es ist, weil die gleichen Mechanismen – Märkte und technologische Innovationen – die den „Weg in die Klimahölle“ gewiesen haben, nun die Dekarbonisierung entscheidend vorantreiben, ist eine folgenreiche Illusion. Auch die neueste Technik ist von Naturressourcen abhängig und beruht auf tiefen Eingriffen in Naturverhältnisse. Marktmechanismen allein können das nicht korrigieren und sie sind für soziale Nachhaltigkeitsziele blind.

III.

Wie kann eine Klimapolitik aussehen, die soziale Ungleichheiten verringert und so den Klimawandel wirkungsvoll bekämpft? Ich beantworte diese Frage im Sinne nicht des Wahrscheinlichen, sondern des real Möglichen, also, mit Ernst Bloch gesprochen, mit dem Hinweis auf den emanzipatorischen Überschuss konkreter Utopien. Nötig ist ein radikaler Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der zugleich mit dem Irrglauben aufräumt, Veränderungen der individuellen Lebensführung – die auch nötig sind! – genügt, um dem Dekarbonisierungs-Gebot zu entsprechen.

Die Zentrale Idee hinter meinem Vorschlag lässt sich mit dem Grundsatz: „Besser statt mehr, für alle, nicht für wenige“ auf den Punkt bringen.¹⁰ Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie die Umstellung auf eine ressourcenschonende, kohlenstofffreie Produktion mit langlebigen Gütern und nachhaltigen Dienstleistungen bewerkstelligt werden kann. Zwingend nötig ist die Umstellung auf eine *nachhaltige Qualitätsproduktion*, die bedeutet, weniger, dafür aber höherwertige Güter herzustellen und zu konsumieren. Entsprechende Weichenstellungen sind ohne den Bruch mit Produktionsabläufen, die primär von Märkten und Konsumenten her konzipiert werden, nicht vorstellbar. Der Übergang zu nachhaltiger Qualitätsproduktion kann zudem nur gelingen, wenn die Erzeugnisse einer solchen Produktionsweise trotz höherer Preise auch noch von den untersten Einkommensgruppen gekauft und konsumiert werden können. Ökologische Austerität, sprich: Verzichtempfehlungen auch für untere Klassen wären für eine solche Politik geradezu kontraproduktiv. Was müsste stattdessen geschehen? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit benenne ich Bausteine des Fundaments nachhaltiger, klimafreundlicher Gesellschaften.¹¹

Transformatives Recht: Ein erster elementarer Schritt läuft, das mag überraschen, auf eine Umwälzung der Rechtsverhältnisse hinaus. Benötigt wird ein transformatives Recht, das die so dringend benötigte Nachhaltigkeitsrevolution vorantreibt. Dazu müssen ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele einen Verfassungsrang erhalten. Konkret: Sie müssen im Grundgesetz, in den Länderverfassungen und in der europäischen Grundrechtecharta verankert und mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten verbunden werden. Sie sollten Eingang auch in das Arbeitsrecht, in die Betriebs- und Unternehmensverfassungen, in Tarifverträge und in den Verbraucherschutz finden. Für eine Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen ins Grundgesetz plädieren inzwischen selbst konservative Politiker wie Markus Söder. Entscheidend ist jedoch, *wie* eine solche Verankerung realisiert wird. Durch eine Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen in Artikel 14 (2, 3) des Grundgesetzes würde die Sozialbindung des Eigentums erweitert. Wirtschaftsakteure, die das Nachhaltigkeitsgebot missachten, könnten als „Verfassungsfeinde“ gebrandmarkt werden und hätten mit Enteignung, vor allem aber mit der Umverteilung und

Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu rechnen. Es böte sich die Möglichkeit einer „legalen Erpressung“ marktbeherrschender Unternehmen. Auf diese Weise entstünden Institutionen einer transformativen Demokratie. Ihre Einführung ließe bewusst Spielraum für die Erprobung nachhaltiger Wirtschaftsweisen.

Nachhaltige Eigentumsformen: Ein weiterer elementarer Baustein für die nächste Gesellschaft sind neue Eigentums- und Besitzverhältnisse vor allem in großen Unternehmen. Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte, die einen natur- und gesellschaftszerstörenden Expansionismus fördern, taugen nicht als Konstitutionsprinzip des Zusammenlebens. Deshalb muss es im gesellschaftlichen „Stockwerk“ der großen Kapitale zu einem Bruch mit dem expansionistischen Besitzprinzip kommen. Bruch bedeutet, dass Staatseigentum keine wirkliche Alternative zu privater Verfügung darstellt. Nachhaltige Gesellschaften benötigen Formen eines kollektiven Selbsteigentums, das, obwohl in gemeinschaftlichem Besitz, persönliche Verantwortung nicht erstickt, sondern Kooperation und Solidarität nachhaltig fördert. Der Übergang zu solchen Eigentumsverhältnissen ließe sich verhältnismäßig leicht bewerkstelligen, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre. So könnten Staatshilfen für private Unternehmen mit Verfügungsrechten für Beschäftigte bezahlt werden, die von gesellschaftlichen Fonds verwaltet würden. Sobald dergleichen geschähe, würde die Sozialisierung von Entscheidungsmacht mittels Internalisierung von Sozialkosten, die die kapitalistische Produktionsweise verursacht, zu einem Prozess, der einer Revolution ohne einmaligen Akt der Machtergreifung gleichkäme. Große Unternehmen ließen sich auf diesem Wege in Mitarbeitergesellschaften verwandeln, in denen öffentliches Eigentum eine entscheidende Rolle zu spielen hätte. Eine Revolutionierung der Besitzverhältnisse im „Stockwerk“ marktbeherrschender Konzerne erforderte zugleich eine Neuordnung der klein- und mittelbetrieblichen Sektoren. Unternehmen dieser unteren Ebene gesellschaftlicher Produktion dürfen keinesfalls enteignet werden. Nötig sind jedoch Anreize, um die Kooperation zwischen – konkurrierenden – Klein- und Mittelbetrieben zu stärken.

Wirtschaftsdemokratie: Sozial und ökologisch nachhaltige Eigentumsverhältnisse sind aber nur ein Mittel, um radikales Umsteuern zu ermöglichen. Nachhaltigkeit ist ohne umfassende Wirtschaftsdemokratie, die über einen unternehmensinternen Kollektivwillen hinausweist, nicht zu erreichen. Die Ausweitung der Mitbestimmung auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen ist in diesem Zusammenhang ein überfälliger, aber keineswegs zureichender Schritt. Produktionsentscheidungen müssen für die demokratische Zivilgesellschaft geöffnet und an Nachhaltigkeitsziele rückgebunden werden. Nur dann gibt es überhaupt eine Chance, den Markterweiterungszwang und Wachstumsdrang, der den Klimawandel anheizt, gesellschaftlich zu überwinden. Konkret heißt das: Die Zivilgesellschaften haben in demokratischer Weise direkt darauf Einfluss zu nehmen, was, wie und zu welchem Zweck produziert und reproduziert wird. Es geht um eine Umverteilung von Entscheidungsmacht zugunsten der gegenwärtig ohnmächtigen Mehrheiten, denn ohne solch tiefgreifende Eingriffe in die bestehende Wirtschaftsordnung wird sich Nachhaltigkeit weder in der ökologischen noch in der sozialen Dimension realisieren lassen. Eine radikale Demokratisierung von Produktionsentscheidungen verbessert die Chancen, auf eine Produktion mit langlebigen Gütern umzustellen, nur dann, wenn alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Einrichtung von Transformations- und Nachhaltigkeitsräten könnte das vorantreiben. Über Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften hinaus wären diese mit Repräsentanten von Umweltverbänden, ökologischen Bewegungen, Fraueninitiativen, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zu besetzen. Zu den Aufgaben solcher Räte würde es gehören, die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu überwachen, die Produktion langlebiger Güter einzufordern und neue Formen eines kollektiven Selbsteigentums in Genossenschaften und Sozialunternehmen zu erproben. Die Herstellung von Transparenz bei Einkommen und Arbeitsbedingungen, mit deren

Hilf Druck in Richtung fairer Löhne und sinnvoller, nachhaltiger Arbeit erzeugt werden könnte, wäre eine zusätzliche Aufgabe.

Demokratisches Rückverteilen: Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeitsziele zumindest kurzfristig die Preise für Agrarprodukte, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs in die Höhe treiben. Schon deshalb sind ökologisch motivierte Verzichtsappelle, die zur Mäßigung bei Löhnen und Einkommen mahnen, geeignet, die Angehörigen der von Löhnen abhängigen Klassen in die ausgebreiteten Arme der ökologischen Gegenrevolution zu treiben. Sozial und ökologisch nachhaltig ist das genaue Gegenteil. Löhne und Einkommen eines Großteils der abhängig Beschäftigten und ihrer Haushalte müssen – zumal unter Inflationsbedingungen – steigen, damit Güter zu fairen Preisen wie Lebensmittel aus ökologischem Anbau für große Mehrheiten überhaupt erschwinglich werden. Gute, ökologisch nachhaltige Arbeitsbedingungen entlang von Wertschöpfungsketten und nicht zuletzt in den Ländern des globalen Südens sind leichter durchzusetzen, wenn Schmutzkonzurrenz aus dem Norden etwa durch wirksame Lieferkettengesetze und vor allem durch eine Stärkung sozialer Rechte und gewerkschaftlicher Organisationsmacht unterbunden wird. Anzuvisieren sind deshalb national wie international Löhne oder Einkommensäquivalente für ein gutes Leben, die deutlich oberhalb der jeweiligen länderspezifischen Niedriglohngrenze liegen.

Intelligente Planung: Substanzielle Gleichheit und ökologische Nachhaltigkeit benötigen demokratische Planung, die dekarbonisierte, ressourcenschonende Wirtschaftsstile fördert. Nachhaltig zu regulieren impliziert eine makroökonomische Verteilungsplanung, die, anders als im Staatssozialismus, auf detaillierte Produktionsvorgaben verzichtet, aber doch Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und die Unternehmensstrategien nimmt. Die Verteilungsplanung kann in demokratisch zusammengesetzten Planungskommissionen stattfinden, die aber höchst transparent und daher grundlegend anders arbeiten müssen als in den staatsbürokratischen Sozialismen des 20. Jahrhunderts. Denkbar sind Planvarianten, die der Bevölkerung periodisch zur Abstimmung vorgelegt werden. Planvorschläge können Nachhaltigkeitsziele unterschiedlich gewichten und differierende Korridore für die Zielerreichung definieren. Die jeweils beschlossene Variante setzt wie bei kommunalen Bürgerhaushalten Präferenzen bei den öffentlichen Ausgaben; die Planvarianten würden aber auch die Einnahmeseite und damit die Steuerpolitik einbeziehen. Verbindlich wären Gesellschaftspläne für Regierungen, jedoch nicht für einzelne Betriebe oder Unternehmen. Innerhalb wie außerhalb von Wirtschaftsorganisationen müsste diese Rahmenplanung mit transparenten, demokratischen Entscheidungsstrukturen verbunden werden.

Soziale Infrastruktur: Ein weiterer zentraler Baustein für das Fundament nachhaltiger Gesellschaften ist eine zureichend finanzierte soziale Infrastruktur, die Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung und Mobilität zu öffentlichen, für alle zugänglichen Gütern macht. Der Post-Corona-Diskurs hat entdeckt, was feministische Debatten um die Krise sozialer Reproduktion seit Jahren thematisieren. Pflegende, sorgende, erziehende und bildende Tätigkeiten sind ebenso unterbezahlt wie Jobs in der Logistik oder dem Verkehrswesen. Sie werden häufig in prekärer Beschäftigung ausgeübt, als Frauenarbeit abgewertet und sind in der gesellschaftlichen Anerkennungs pyramidale weit unten platziert. Solch festgefahrene Strukturen lassen sich wohl nur mit Hilfe einer Care-Revolution¹² aufbrechen, die als unabdingbarer Bestandteil einer Nachhaltigkeitswende ebenfalls schon lange überfällig ist. Gesellschaften funktionieren am besten mit einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur, die allen zur Verfügung steht – nicht nur im eigenen Land, sondern überall in Europa und auf der Welt. Für eine soziale Infrastruktur, die Basisgüter bereitstellt, zu streiten, ist daher eines der wichtigsten Projekte, um Weichenstellungen in Richtung von nachhaltigen Gesellschaften zu ermöglichen.

IV.

Wie lässt sich utopischer Überschuss in, sagen wir: revolutionäre Realpolitik überführen? Meine Antwort: Mit Hilfe praktischer Schritte hin zu einem ökologischen Wohlfahrtsstaat. Die Vision eines ökologischen Wohlfahrtsstaates definiert ein Übergangprojekt, das auch für soziale Gruppen und Klassenfraktionen attraktiv ist, die einem nachhaltigen Sozialismus mit Skepsis begegnen. Praktische Schritte in Richtung dieses Projekts benötigen Allianzen für eine demokratische Klimapolitik „von unten“, wie sie sich etwa im Bündnis von ver.di und Klimabewegungen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs andeuten. Das Beispiel verweist auf fünf Prinzipien, die eine demokratische Klimapolitik „von unten“ berücksichtigen muss:

Erstens: Die Bündnispartner sind gut beraten, das Trennende zurückzustellen und das Gemeinsame zu betonen. Ein solches Herangehen erfordert einen *labour turn*¹³ in den ökologischen Bewegungen, aber eben auch einen *climate turn* in den Gewerkschaften und bei anderen arbeitsorientierten Akteuren. Die Tarifrunden im ÖPNV zeigen, was das im Konkreten bedeutet. Klimaaktive beginnen, sich für die Arbeits- und Lebensbedingungen von Busfahrern zu interessieren. Lernfähigkeit lässt sich aber auch auf Seiten der gewerkschaftlichen Akteure feststellen. Umgekehrt sind aber seitens der Gewerkschaften und in den Belegschaften Lernprozesse nötig, die dazu führen, die Klimaaktiven nicht alle über einen Kamm zu scheren, sondern in ihnen Verbündete zu erkennen.

Zweitens: Grundlegend ist die Einsicht, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeit nur zusammengedacht werden können. Unter Inflationsbedingungen heißt das: Unterstützung der gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltsforderungen von mehr als zehn Prozent trotz teilweise leerer öffentlicher Kassen. Steigen die Preise für Heizung, Strom, Mobilität, Mieten und Nahrungsmittel wird der frei verfügbare Einkommensanteil in den unteren Klassen immer geringer. Selbst im Falle von Doppelverdiener-Haushalten führen steigende Preise für Grundbedarfe zu erheblichen finanziellen Belastungen.¹⁴ Auf die zweite Urlaubsreise lässt sich leicht verzichten, schwerer fällt Verzicht, wenn das Einkommen nicht einmal für einen Jahresurlaub reicht.

Drittens: Den ÖPNV als Teil eines nachhaltigen Mobilitätssystems zu denken, das auf weniger Individualverkehr beruht, bedeutet auch, eine nachhaltige Finanzierung zu verlangen – etwa durch eine Transformationsabgabe der Reichen und Superreichen. Grundsätzlich muss gelten: Je größer der Klimafußabdruck, desto umfangreicher muss auch die Beteiligung an den Kosten ausfallen, die der anthropogene Klimawandel verursacht.

Viertens: Der nötige Umbau läuft auf eine Rückbindung von Produktions- und Investitionsentscheidungen an gesellschaftliche Bedarfe hinaus. Das heißt: Schrumpfung der Rentenökonomie (Finanzsektor), radikaler Umbau vor allem des industriellen Exportsektors sowie Stärkung der Nahversorgung, der unmittelbaren wie auch der erweiterten Daseinsvorsorge. Dieser Umbau schafft und erfordert jede Menge Arbeit. Reduktion der Arbeits- und Produktmenge um etwa die Hälfte¹⁵ ist deshalb keine Alternative, eine nachhaltige Arbeitszeitverkürzung – etwa der Übergang zu einer Vier-Tage-Woche – aber schon.

Fünftens: Ein ökologischer Wohlfahrtsstaat muss im 21. Jahrhundert ein Inter-Nationalstaat sein. Nehmen wir das Beispiel einer grünen Wasserstoffwirtschaft, die eine Alternative zu fossiler Energie böte. Man kann eine Wasserstoffwirtschaft so aufbauen, dass sie neo-koloniale Abhängigkeiten fortführt oder gar vertieft; selbiges liefe dann auf eine Art postfossilen Extraktivismus hinaus. Möglich wäre aber auch, die Produktion von grünem Wasserstoff im südlichen Chile, in Portugal, Mauretanien, Namibia und Südafrika kooperativ zu gestalten, das heißt Energie zuerst für die herstellende Region zu produzieren und die Handelsbeziehungen so zu justieren, dass sie auf fairen Preisen beruhen und den produzierenden Staaten des globalen Südens eine wirkliche Entwicklungsperspektive bieten. Um es klar zu sagen: Die Länder des

globalen Südens sind nicht auf Almosen angewiesen. Sie haben wegen der kolonialen Erblast jedes Recht auf eine Transformationsabgabe der reichen Staaten. Würde man beispielsweise Hunderte Millionen Menschen aus extremer Armut „befreien, würden die globalen CO₂-Emissionen [...] nicht einmal um 1 Prozent steigen. Dieser Anstieg könnte an anderer Stelle leicht ausgeglichen werden“.¹⁶ Und die nachhaltige Bekämpfung von Armut wäre allemal kostengünstiger als die Abfederung ihrer katastrophalen sozialen Folgen.

Ist das alles realistisch? Ich antworte mit dem Soziologen und Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein, Dieser schreibt über Systeme im Niedergang: „Die letzte Phase, die Übergangsphase, ist besonders unvorhersehbar, aber sie ist besonders offen für den Input von Einzelnen und von Gruppen, was ich als Zuwachs des Faktors des freien Willens bezeichnet habe. Wenn wir unsere Gelegenheit nutzen wollen [...], müssen wir zuerst die Gelegenheit als das erkennen, was sie ist und worin sie besteht.“¹⁷ Noch sind die Gelegenheiten für radikales klimapolitisches Umsteuern da, es kommt darauf an, sie zu nutzen.

¹ Guterres, Antonio, „Wir kämpfen den Kampf unseres Lebens“, in: tagesschau.de, 07.11.2022.

² Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart, S. VIII f.

³ Sozialeigentum ist nach Robert Castel eine Eigentumsform, die Lohnabhängigen in Gestalt sozialer Rechte, tariflicher Normen und Mitbestimmungsmöglichkeiten etwas ermöglicht, was zuvor ausschließlich an privaten Besitz gekoppelt war – die Chance zu einer längerfristigen Lebensplanung.

⁴ BiBB ist das Kürzel für das Bundesinstitut für Berufsbildung, das gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz (BAuA) eine große Erhebung durchgeführt hat, die wir für eine Sekundäranalyse genutzt haben.

⁵ Die nicht Erwerbstätigen bilden keine eigene Klasse, sondern einen Querschnitt, der sich sozial nicht eindeutig verorten lässt.

⁶ Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg, S. 136.

⁷ Beim operativen Gewinn lag Mercedes-Benz mit rund 5,2 Milliarden Euro weltweit an der Spitze, gefolgt von Volkswagen mit 4,3 Milliarden Euro; BMW rangierte mit 3,7 Milliarden Euro auf Rang fünf.

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/autobauer-rekordgewinne-tesla-marge-umsatz-gewinn-premium-luxus-rabatte-101.html> .

⁸ <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/fit-for-55-emissions-cars-and-vans/>

⁹ Eigene Forschungen im Rahmen eines Teilprojekts des DFG-Sonderforschungsbereichs ‚Strukturwandel des Eigentums‘.

¹⁰ Franzini, Luzian/Herzog, Roland/Rutz, Simon/Ryser, Franziska/Ziltener, Kathrin/Zwicky, Pascal (Hrsg.) (2021): Postwachstum? Aktuelle Auseinandersetzungen um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, Denknetz-Jahrbuch, Zürich.

¹¹ Der Bauplan für – wie ich sie nenne – nachhaltige, demokratisch-sozialistische Gesellschaften findet sich in einer ausführlichen Fassung in: Dörre, Klaus (2022): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, 2., erweiterte Auflage, Berlin, hier insbesondere die Kapitel VI bis IX.

¹² Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld.

¹³ Dazu frühzeitig: Pye, Oliver (2017): Für einen labour turn in der Umweltbewegung. Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation, in: PROKLA. Heft 189, 47. Jg. 2017, Nr. 4, S. 517 – 534.

¹⁴ Geringe gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen oder gar sozialer Protest sind dann vorprogrammiert. Die Gelbwestenproteste in Frankreich, aber auch Wählerstimmen für rechtsradikale Klimaleugner zeigen, was geschehen kann, wenn Marktmechanismen und Krisenfolgen das Problem der Klimagerechtigkeit eskalieren lassen. In der Schweiz, die bereits über eine CO₂-Steuer samt Sozialausgleich verfügt, scheiterte im Juni 2021 eine Volksabstimmung zu einer CO₂-Gesetzesvorlage, die den Emissionshandel stärken wollte und von der Regierung, dem Parlament sowie dem Gros der Umweltverbände befürwortet wurde. Der Gesetzentwurf stieß bei einer knappen Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung, weil die soziale Gerechtigkeitsproblematik unterschätzt wurde. Vgl.: Ringger, Beat (2021): Nicht für Elon Musk. Fürs Volk. Klimapolitik nach dem Nein zum CO₂-Gesetz, Denknetz-Working-Paper.

¹⁵ Hermann, Ulrike (2022): Das Ende des Kapitalismus, Köln.

¹⁶ Dixon-Declève, Sandrine et al. (2022): Earth for All. Ein Survivalguide für unseren Planeten, München, S. 81.

¹⁷ Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien, S. 101.